



HOCHSCHULE FÜR
VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN
SPEYER

25 JAHRE

Hochschule für Verwaltungswissenschaften
Speyer

ANSPRACHEN

des Ministerpräsidenten des Landes
Rheinland-Pfalz und des Rektors

25 JAHRE

Hochschule für Verwaltungswissenschaften
Speyer

ANSPRACHEN

des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz,
Dr. Helmut Kohl
und des Rektors Professor Dr. Roman Herzog
am 29. Mai 1972

Kleine Veröffentlichungsreihe
der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Nr. 1

1972

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE DES REKTORS
PROFESSOR DR. ROMAN H E R Z O G

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und zugleich im Namen des Senats habe ich die Ehre und Freude, Sie aufs herzlichste zur Feier des 25jährigen Bestehens der Hochschule zu begrüßen. Sie werden sicher dafür Verständnis haben, daß ich außerstande bin, jeden einzelnen der hier Versammelten besonders und mit Namensnennung willkommen zu heißen und ihm für die Verbundenheit mit unserem Hause zu danken, die er damit — und meist nicht nur damit — zum Ausdruck bringt. Wenige Namen müssen für die vielen gelten.

Aus dem Bereich der Parlamente darf ich den Präsidenten des Landtages von Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. R ö s l e r begrüßen, der heute zugleich mit einer stattlichen Anzahl von Bundestags- und Landtagsabgeordneten unter uns weilt.

Aus dem Bereich der Regierungen ist es vor allem der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Herr Dr. Helmut K o h l, den wir, wie schon seinen Amtsvorgänger und wie seine gesamte Staatskanzlei, als eine Art Protektor unserer Hochschule betrachten dürfen. Ferner begrüße ich den Kultusminister und den Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. V o g e l und Herrn T h e i s e n, den Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden unseres Verwaltungsrates, Herrn H i l f und die Staatssekretäre des rheinland-pfälzischen Innen- und Finanzministeriums.

Aus dem Bereich der hohen Gerichtsbarkeit sind zu uns gekommen der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr B e n d a, der Präsident des Bundesgerichtshofs, Herr Dr. F i s c h e r, und die Herren Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte Koblenz und Saarlouis, der Oberlandesgerichte Koblenz und Zweibrücken, der Präsident des Landesarbeitsgerichts, der Vertreter des Präsidenten des Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes, aus der Exekutive der Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit und von den hohen Verwaltungsbehörden unserer näheren Umgebung Herr Regierungspräsident K e l l e r aus Neustadt an der Weinstraße, Herr Präsident W e i ß des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz sowie hohe Vertreter der Oberfinanzdirektion und der Oberpostdirektion Neustadt an der Weinstraße.

Als Vertreter der Kirchen unseres Raumes begrüße ich Herrn Bischof Dr. Wetter und Herrn Oberkirchenrat D a u m.

Aus dem Bereich der Wissenschaft habe ich die Freude willkommen zu heißen die Rektoren der Universitäten Mannheim, Tübingen und Bochum, Vertreter der Rektoren bzw. Präsidenten der Universitäten Mainz, Saarbrücken, Trier—Kaiserslautern und Augsburg, den Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, den Präsidenten der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Bonn, die Dekane mehrerer uns verbundener rechtswissenschaftlicher Fakultäten und Fachbereiche.

Unser Gruß gilt weiterhin den Mitgliedern unseres Verwaltungsrates und unseren Ehrensenatoren, Herrn Alt-Ministerpräsident Dr. Altmeier, Herrn Oberbürgermeister a. D. Dr. Skopp und Herrn Direktor Dr. Heintzeler, den Vertretern unserer Hochschulstadt Speyer, an ihrer Spitze Herrn Bürgermeister J o s s é, der den erkrankten Oberbürgermeister vertritt, sowie den Vertretern des Fernsehens und der Presse.

Seien Sie uns alle herzlich willkommen und seien Sie noch einmal bedankt, daß Sie gekommen sind!

Ein 25jähriges Hochschuljubiläum, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in einem Lande, in dem es halbtausendjährige Universitäten gibt, kein Grund zu überschwenglichem Feiern. Gleichwohl bitte ich Sie um Verständnis dafür, daß die Hochschule sich doch dazu entschlossen hat, ihr Jubiläum in etwas feierlicherer Form zu begehen, öffentlich Rückschau zu halten und auf die Schwierigkeiten und Gefahren, die sie im ersten Vierteljahrhundert zu bestehen hatte, vor allem aber Ausschau zu halten auf die Probleme, auch auf die Chancen, die sich am Horizont abzuzeichnen beginnen. Denn wenn es eine sachgerechte Art gibt, in der eine Hochschule sich selbst darzustellen vermag, so ist es die, daß sie sich als eine Hochschule an der Arbeit darstellt. Diesem Gedanken dient die Festschrift „Demokratie und Verwaltung“*, die wir in diesen Tagen der Öffentlichkeit vorgelegt haben, diesem Gedanken dient in wenigen Minuten der Vortrag von Frau Kollegin Mayntz-Trier, der nicht als Festvortrag im überkommenen Sinne, sondern — aus vielerlei Gründen — als Arbeitsbericht zu begreifen ist, und diesem Gedanken haben auch meine Ausführungen zu dienen, die dazu bestimmt sind, Ihnen einen Überblick über das zu vermitteln, was ich — sicherlich etwas hochtrabend — die politische Situation unserer Hochschule nennen möchte.

Seit vielen Jahren ist die Hochschule für Verwaltungswissenschaften vornehmlich in der Aus- und Fortbildung der Referendare tätig. Sieht man von

* Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 50. Berlin (Duncker & Humblot) 1972.

der verhältnismäßig geringen Zahl der Post-, Wirtschafts- und neuerdings auch Regierungsreferendare ab und vernachlässigt man für den Augenblick auch die Eingangsbeamten der Bundesanstalt für Arbeit, die in den letzten Jahren ein fester Bestandteil unseres Hörerstammes geworden sind, so waren es bisher vor allem die Rechts- und Gerichtsreferendare aus den elf Bundesländern, die im Rahmen ihres juristischen Vorbereitungsdienstes an die Hochschule gekommen sind, einerseits um ihre öffentlich-rechtliche Ausbildung zu vervollkommen und zu vertiefen, andererseits aber auch, um die hier in zunehmendem Maße gepflegten außerjuristischen Verwaltungsfächer zu studieren.

Die Schwierigkeit, vor der diese Referendare und die Hochschule mit ihnen immer wieder standen, war eine doppelte. Auf der einen Seite erwiesen sich das Fächerangebot der Hochschule als so reichhaltig und die Schwierigkeiten einer erstmaligen Befassung mit außerjuristischem Denken als so erheblich, daß die Einsemestrigkeit des Speyerer Studiums mehr und mehr zum Problem wurde. Auf der anderen Seite mußte darüber hinaus noch der Tatsache Rechnung getragen werden, daß an der Hochschule ja nicht Studenten in voller akademischer Freiheit, sondern Beamte des Vorbereitungsdienstes studieren, die in dieser Eigenschaft den Bestimmungen ihrer heimischen Ausbildungsordnungen unterworfen sind, und daß auch diese Ausbildungsordnungen von ihnen eine nicht zu unterschätzende Arbeitsleistung verlangen. Die Hoffnungen, ein zweisemestriges verwaltungswissenschaftliches Studium an der Hochschule im Rahmen des Vorbereitungsdienstes durchführen zu können, haben sich spätestens seit der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes auf 24 Monate endgültig zerschlagen. Aber nicht nur dies: wenn unsere Informationen richtig sind, so wird im Gefolge der durch diese Verkürzung notwendig gewordenen Neuordnung die Ausbildung der deutschen Juristen, die bisher im Kern einheitlich gewesen ist, trotz mancher Bemühungen der Justizminister- und Innenministerkonferenz das Bild einer Zersplitterung bieten, wie es sie in den beiden letzten Generationen noch nicht gegeben hat. Diese Schwierigkeit, die uns wohl auf Jahre hinaus begleiten wird, hat sich vor einem Jahr schon in der Frage der sogenannten Pflichtklausuren angekündigt, sie setzt sich in den augenblicklichen Diskussionen um die Pflichtarbeitsgemeinschaften fort und es ist gewiß keine Übertreibung, wenn ich hier sage, daß in diesen beiden etwas vordergründigen Fragen nur die Spitze eines Eisberges sichtbar geworden ist. Die Hochschule Speyer wird, wenn ich recht sehe, in dieser Lage nur einen Weg gehen können, der darin besteht, daß sie den einzelnen Bundesländern, die Referendare nach Speyer abordnen, jeweils die nach ihrem Landesrecht für die Pflichtwahlstation vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen anbietet, auch um den Preis, daß die Zersplitterung des Ausbildungswesens in ihren Bereich übergreift. Wo sich

die politischen Instanzen nicht zu einem einheitlichen Vorgehen verstehen können, ist eine Hochschule nicht dazu berufen und auch nicht dazu imstande, ihnen ein einheitliches Vorgehen zu oktroyieren.

Freilich wird man es ihr nicht verübeln können, wenn sie in solcher Situation mehr als bisher dazu entschlossen ist, das von ihr immer wieder geforderte eigene Profil zu entwickeln. So sind heute Überlegungen im Gange, die darauf hinauslaufen, den an der Hochschule studierenden Beamten des Vorbereitungsdienstes jenseits der Frage, welche Leistungen und Leistungsnachweise die einzelnen Abordnungsbehörden von ihnen fordern, den fakultativen Erwerb eines verwaltungswissenschaftlichen Diploms zu ermöglichen. Wir halten diesen Weg, der niemand seiner Freiheit berauben würde, auch noch aus anderen Gründen für gangbar und wichtig: einmal um den zahlreichen Hörern, die in ihr Speyerer Semester weitaus mehr Arbeit investieren als von ihrer heimatlichen Prüfungsordnung vorgeschrieben, die Möglichkeit eines Nachweises darüber zu geben, zum anderen aber auch um den Verwaltungen, deren Rekrutierungsinteressen die neuen Prüfungsordnungen mit ihrem justizjuristischen Schwerpunkt noch weniger entgegenkommen als ihre Vorgängerinnen, einen Dienst zu tun. Daß sich aus einem solchen „kleinen Speyerer Diplom“ irgendwann doch einmal ein zwei- oder mehrsemestriges, etwa mit einer Magisterprüfung abschließendes verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium entwickeln könnte, liegt auf der Hand. Die Hochschule ist heute der Meinung, daß es sich dabei um Zukunftsmusik handelt. Es versteht sich aber von selbst, daß dieser Gedanke um so konkretere Gestalt annehmen muß, je weniger Raum die künftige Juristenausbildung für ein verwaltungswissenschaftliches Studium an der Hochschule Speyer bietet, und vor allem, je mehr sich die Unkenrufe, die das Ende der Institution „Vorbereitungsdienst“ vorhersagen, in den nächsten Jahren bestätigen sollten. Daß daneben immer auch zu prüfen sein wird, welche Rolle die Hochschule Speyer bei der Betreuung jener Studenten spielen kann, die sich im Rahmen ihres Studiums für ein Wahlfach „Verwaltung“ entschieden haben, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Die Ausbildung der Rechts- und Gerichtsreferendare ist seit je nur einer der Aufgabenbereiche gewesen, denen sich die Hochschule Speyer in ihrem Lehrprogramm gewidmet hat. In verschiedenartigsten Formen hat es daneben immer auch Bestrebungen im Zusammenhang mit der Fortbildung der Beamten des höheren Dienstes gegeben. Ich brauche insoweit nur an die Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagungen zu erinnern, deren vierzigste wir vor einigen Wochen durchführen konnten. Die Hochschule ist sich allerdings schon frühzeitig darüber klar geworden, daß sie allein mit diesen Tagungen dem wachsenden und auch zunehmend anerkannten Bedarf an Fortbildung der höheren Verwaltungsbeamten nicht gerecht werden kann.

In einem Memorandum vom Februar 1970 hat sie in Umrissen ihre Vorstellungen über dieses Aufgabengebiet und vor allem auch über ihre eigene Rolle bei der Bewältigung dieses Aufgabengebietes der Öffentlichkeit unterbreitet. Seither haben in einem Kreislauf von Versuch, Irrtum und Erfolg, von Lehren und Lernen, drei zweiwöchige Phasen eines Versuchslehrganges für die Eingangsstufe des höheren Verwaltungsdienstes stattgefunden, und weiterhin ist die Hochschule mit einer ersten einwöchigen Lehrgangsphase für Beamte der sogenannten mittleren Führungsebene in einen weiteren Aufgabenbereich des Gesamtkomplexes „Fortbildung“ vorgestoßen.

Während vom Fortbildungsprogramm der mittleren Führungsebene bei aller Arbeit, die hier im einzelnen noch zu leisten sein wird, schon heute gesagt werden kann, daß hier künftig eine der zentralen Aufgaben unseres Hauses zu erblicken ist, sind die Zweifel hinsichtlich der sogenannten Eingangsebene, also der Ebene der Assessoren und jungen Regierungsräte, bis heute noch nicht ganz behoben. Allzu deutlich zeigt sich hier die Gefahr, daß die Hochschule in unliebsame Konkurrenz zu den Bestrebungen gerät, die die einzelnen Bundesländer in diesem Bereich selbst entfalten. Trotzdem bewegen uns zahlreiche Gespräche, die in letzter Zeit mit vielen Bundesländern, kleinen wie großen, geführt worden sind, unsere Erfahrungen in diesem Bereich vorderhand nicht völlig ungenutzt zu lassen. Das Aufgabengebiet „Fortbildung“ ist so groß und die Zahl derer, die sich ernsthaft mit ihm befassen, ist so begrenzt, daß sich vorderhand niemand aus ihm zurückziehen sollte, der hier etwas zu sagen und vor allem etwas anzubieten hat.

Die Hochschule ist daher entschlossen, von diesem Herbst an in jedem Oktober jeweils zwei Assessorenlehrgänge von viermal einer Woche Dauer und je 25 Teilnehmern anlaufen zu lassen, Lehrgänge, deren Inhalt und Ergebnisse vor allem auch dem Fortbildungspersonal der Länder zugute kommen sollen und die sich noch mehr als bisher an den praktischen Bedürfnissen der jungen Beamten orientieren sollen. Geht man davon aus, daß Frequenz und Zahlenstärke der Lehrgänge für die mittlere Führungsebene der Eingangsstufe entsprechen werden, so werden künftig 100 Beamte der Eingangsstufe und weitere 100 Beamte der mittleren Führungsebene zweimal jährlich auf eine Woche in der Hochschule fortgebildet werden können, und es werden vom Frühjahr 1974 an jährlich 100 Beamte beider Stufen die Fortbildung der Hochschule absolvieren. Daß diese Bestrebungen nur Hand in Hand mit allen anderen Institutionen der Fortbildung verwirklicht werden können, versteht sich von selbst. Die Hochschule befindet sich schon jetzt in einem regelmäßigen Gedankenaustausch mit den Fortbildungsreferenten der Landesinnenminister, sie bittet auch an dieser Stelle um Fortsetzung und Intensivierung dieser Kontakte und sie bietet vor allem der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung auch bei dieser

Gelegenheit eine Intensivierung der Zusammenarbeit an, die sich in den letzten Monaten so erfolgversprechend angebahnt hat.

Vor allem aber gilt unsere Bitte um weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit und Förderung Ihnen, Herr Ministerpräsident und meine Herren aus der Staatskanzlei. Es ist hier weder Zeit noch Gelegenheit, auf die Sonderstellung einzugehen, die wir dadurch genießen, daß eine Staatskanzlei das für uns zuständige „Ressort“ ist. Aber soviel möchte ich doch sagen: daß wir in all den Jahren seit 1947 von Ihrer Seite Förderung und Hilfe in einem Maße erfahren haben, um das uns viele beneiden.

Meine Damen und Herren! Der Überblick über unsere Probleme, den ich Ihnen in der gebotenen Kürze gegeben habe, ist alles andere als vollständig. Vieles habe ich nicht erwähnt, was der Erwähnung wert gewesen wäre — Fragen der Personalstruktur, Fragen des Arbeitsraumes, Fragen unserer Forschungstätigkeit. Auch die Verfassungsfragen, die demnächst in einem neuen Gesetz über unsere Hochschule zur Sprache kommen müssen, sind nur insoweit gestreift worden, als die Kompliziertheit und Vielschichtigkeit unserer künftigen Hörerschaft deutlich geworden ist. Ich habe es für richtig gehalten, Ihnen einen wichtigen Aspekt dieses Themas durch eine kurze Erklärung der Hörerschaftsvertretung* nahebringen zu lassen. Das mag für den einen oder anderen überraschend sein, und die Erklärung, die Sie hören werden, wird auch kaum in allen Punkten die Meinung des Lehrkörpers treffen. Aber auch insoweit scheint es uns richtig zu sein, Sie in dieser Stunde am Alltag der Hochschule — und dies ist der Alltag! — teilnehmen zu lassen.

* In seiner Erklärung führte der erste Sprecher für die Hörerschaftsvertretung u. a. aus, daß sie die Hörerschaft aufgefordert habe, der 25-Jahr-Feier fernzubleiben. Die Hörerschaftsvertretung sei der Meinung, daß die Hörer, da sie an der Hochschule keine Mitbestimmungsrechte hätten, auch nicht mitfeiern sollten.

REDE DES MINISTERPRÄSIDENTEN
DES LANDES RHEINLAND-PFALZ,
DR. HELMUT K O H L

Magnifizenz,

Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Herr Landtagspräsident,

meine Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Landtags,

meine Herren Rektoren und Leiter wissenschaftlicher Institutionen,

meine Herren Gerichtspräsidenten,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

— ich darf einen besonders und namentlich ansprechen:

lieber Herr Kollege Altmeier, der Sie als mein Vorgänger in diesem Amt durch über 20 Jahre hindurch dieser Institution, der Hochschule in Speyer, immer ein besonderes Augenmerk geschenkt haben, nicht zuletzt, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Hörerschaft dieser Verwaltungshochschule!

Indem ich eben Peter Altmeier ansprach, habe ich auch mir selbst das Stichwort zu einer ganz knappen Antwort an den Sprecher der Hörerschaftsvertretung gegeben. Wir sind hier, um einen 25. Geburtstag zu feiern. Die, die heute hier reden, sind allesamt ihrer Statur nach nicht Leute, die so etwas im festlichen Gepränge tun. Ich selbst bin völlig unfähig, einen Festvortrag im alten Sinne zu halten. Aber ich stehe hier — und ich sage es gleich vorweg auch zu denen, die diese Wegstrecke nicht durchlaufen haben —, um auch jenen Dank zu sagen, die in den hinter uns liegenden 25 Jahren dazu beigetragen haben, daß wir hier überhaupt zusammenkommen können. Ich habe viel Sympathie für die Diskussion um die Reform der Institutionen dieses Staates und der Gesellschaft. Und als einer der jüngeren handelnden Männer der deutschen Politik weiß ich, wie sehr und in welch starkem Umfang unsere Zukunft von vernünftigen Antworten hierauf abhängt. Aber ich weiß auch, daß es eine wohlverstandene Pflicht der Kontinuität gibt, daß wir Jüngeren alle auf den Schultern der Älteren stehen, und daß ein Tag wie der heutige, der Rückblick und Ausblick zugleich bedeutet, ganz gewiß kein Tag ist, in dem man nur an sich selbst denkt.

Wir werden in einer sehr nahen Zukunft die gesetzlichen Grundlagen dieser Hochschule zu novellieren haben. Doch kann ein Satz, der hier gefallen ist: daß die gesetzliche Grundlage der Hochschule aus dem Jahre 1950 stammt, nicht einfach so stehen bleiben. Natürlich ist das richtig; aber all jene, die

es kritisieren, wissen nichts von den unendlichen Schwierigkeiten seit 1950 bis zum heutigen Tage, diese Hochschule überhaupt zu erhalten. Und manch einer, der jetzt kritisiert, daß dies heute so ist und noch nicht viel besser, sollte wenigstens eine Minute darüber nachdenken, daß vielleicht eine Novellierung zu einem früheren Zeitpunkt die Existenz dieser Hochschule in einem ganz anderen Sinne beeinflußt hätte, und daß sich dann Probleme, die sich heute stellen, von der Sache her, von der Existenz her, gar nicht so gestellt hätten. Wir werden miteinander reden, wir werden dies in vernünftiger Weise miteinander tun. Ich meine aber: Fernbleiben von einer Veranstaltung dieser Art ist für mich nicht der sympathischste Weg, Einfluß zu nehmen. Wir haben in der deutschen Politik in den letzten Wochen vielleicht mühsam alle dazugelernt, daß die Polarisierung um jeden Preis dem Ganzen schadet. Zur Diskussion gehört das Aufeinander-Hinhören. Wer sich anschickt, das letzte Drittel dieses Jahrhunderts zu bewältigen, muß es tun mit den modernen Formen der Kommunikation. Und wenn wir uns gegenseitig — ich darf das auch in diesem Kreise salopp sagen — alle mit einem Brett vor dem Hirn, das die eigene Meinung abschirmt und dem anderen keine Chance gibt, ihn zu erreichen, begegnen, ist die Möglichkeit einer Verbesserung dieses Landes gering. Ich sage das offen, klar und direkt, und darin ist ebenso klar enthalten das Angebot, vernünftig miteinander zu reden.

Das Land Rheinland-Pfalz, das in diesen Tagen mit einigem Stolz auf seine 25jährige Entwicklung zurückblickt, hat allen Anlaß, in seine Jubiläumsfeiern eine Einrichtung wie die Hochschule für Verwaltungswissenschaften einzubeziehen, die fast auf den Tag genau so alt und so jung ist wie dieses Land, deren Gründung jedoch von dessen erster Regierung nicht beeinflußt war. Die Vaterschaft für die Hochschule — genauer: für die „Höhere Verwaltungsakademie“, als die sie entstand — kommt vielmehr der französischen Besatzungsmacht zu, woran ich hier mit Dank erinnern möchte. Ich weiß, daß die kritische Einstellung gegenüber der ursprünglichen Zielsetzung schon sehr bald zu einem grundlegenden Strukturwandel und zur zunehmenden Integration in die neue deutsche Staatlichkeit und das deutsche Ausbildungssystem führte. Doch ohne die Gründungsverfügung des Administrateur Général vom 11. Januar 1947 würde vermutlich die Hochschule auch in ihrer jetzigen Form nicht vorhanden sein. Ganz zu Recht knüpft daher die Hochschule mit diesem Gedenktag an die Gründung der Akademie im Jahre 1947 und nicht an die Umwandlung zur Hochschule in ihrer heutigen Form an, die sich im Jahre 1950 mit dem Landesgesetz über die Errichtung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften vollzog.

Meine Damen und Herren, 25 Jahre sind für eine Hochschule ein Zeitraum, der gewiß lang genug ist zur Rechtfertigung dieser Feierstunde, der aber nicht lang genug ist, um in den Verdacht oder die Versuchung zu geraten,

Gewesenes zum Gegenstand dieser Überlegungen zu machen oder auch nur eine Bilanz des Erreichten zu ziehen. Die Hochschule steht seit Anbeginn in einem Entwicklungsprozeß, der zwar Konsolidierungsphasen und Ruhepausen enthielt, nie aber die Überzeugung vermittelte, die Erwartungen und die Realitäten seien bereits völlig in Übereinstimmung gebracht. Dies ist, um nicht mißverstanden zu werden, kein Vorwurf an die Adresse der Hochschule, sondern allein Hinweis auf die wechselnden Anforderungen, die sich aus der besonderen und einzigartigen Aufgabenstellung der Hochschule und aus ihrer Einbettung in das vorgeordnete Ausbildungsgefüge der Juristen ergeben haben, und die von einem Land allein, oder gar von der Hochschule selbst nicht ausreichend steuerbar sind.

Auch der Rektor hat soeben in seiner Begrüßungsansprache die zukünftigen, nicht die vergangenen Entwicklungen umrissen. Es würde sicherlich berechtigte Erwartungen enttäuschen, würde ich einem Dialog zu den aufgeworfenen Fragen und Gedanken ausweichen, die ohne unsere Hilfeleistung sicher nicht realisierbar sind. Ich glaube, daß wir uns längere Rückblicke auch deshalb versagen dürfen, weil viele von denen, die hier im Auditorium versammelt sind, die Entwicklung der Hochschule viel besser kennen als ich, die Sie ja prägend in diesem Hause und in dieser Stadt mitgestaltet haben. Jene Persönlichkeiten, die aufgrund ihres Einsatzes und ihres Könnens sich maßgebliche Verdienste um den Aufbau der Hochschule erworben haben, werden es mir — wie ich hoffe — nachsehen, wenn ich in dieser Stunde nicht Einzelleistungen der Vergangenheit würdige, sondern versuche, den Blick auf die neuen Aufgaben zu wenden, nach vorne zu schauen und Überlegungen anzustellen, wie es weitergeht.

Wenn ich dennoch mit einer Rückblende in die Jahre 1947 und 1950 den Bogen zum Heute und Morgen zu spannen versuche, so tue ich dies nur, weil in jener Zeit Entscheidungen getroffen wurden, mit denen Neuland beschritten wurde. Das hatte und hat ganz zwangsläufig Integrationsprobleme gegenüber dem Gesamtausbildungssystem aufgeworfen, die zu der Fragestellung führen, ob die damaligen Entscheidungen richtig waren und als Eckpfeiler auch die künftige Entwicklung der Hochschule zu tragen vermögen.

Ich denke hier an vier Strukturelemente, die die Besonderheiten und die Einzigartigkeit dieser Hochschule geprägt haben:

erstens rechnet dazu die ausschließliche Hinwendung zu den verwaltungsrelevanten Wissenschaftsbereichen;

zweitens ist es die Rekrutierung der Hörerschaft aus Angehörigen des öffentlichen Dienstes, ganz überwiegend aus Widerrufsbeamten mit abgeschlossenem juristischem Studium, die zu einem prägenden Merkmal der Hochschule geworden ist;

drittens ist es die Preisgabe des ursprünglichen Akademiecharakters dieser Hochschule zugunsten einer an die Organisations- und Rechtsformen der Universitäten angelehnten Struktur, die einer Bewertung bedarf; und viertens möchte ich zu den die Hochschule kennzeichnenden Grundpositionen die frühzeitige Hinwendung zu den Aufgaben der Fortbildung rechnen, deren Stellenwert gegenüber der Ausbildung Fragen zur weiteren Entwicklung aufwirft.

Meine Damen und Herren, als ein auf Leistungen der Verwaltung angewiesener Politiker traue ich mir ein Urteil darüber zu, welche Anforderungen an die Verwaltung heute gestellt sind, und welchen Erwartungen sie entsprechen sollte, um ihrem Auftrage gerecht zu werden. Die „Verwissenschaftlichung aller Lebensbereiche“ mag ein Schlagwort sein; sie ist es für mich nicht, wenn ich an die öffentliche Verwaltung denke, die der wissenschaftlichen Durchdringung und der wissenschaftlichen Hilfestellung in großem Maße bedarf. Verwaltung will und muß heute mehr sein als bloße Bewahrerin der äußeren Ordnung, obwohl wir in dieser Stunde empfinden, daß dies schon sehr viel sein kann. Nicht nur Reaktion auf Rechtsverstöße, sondern in weitestem Sinne sozial-politische Aktion wird von ihr verlangt. Aus dieser Sicht heraus erscheint es mir noch heute als weitsichtige Pioniertat, eine Hochschule geschaffen zu haben, die die Verwaltung zum ausschließlichen Gegenstand ihres wissenschaftlichen Interesses hat.

Gewiß sind inzwischen die Verwaltungswissenschaften auch an manchen Universitäten wiederentdeckt worden, nachdem die Zweifel an der Praedominanz der Verwaltungsrechtslehre als dem einzig rechten Weg zur Verwaltung unüberhörbar wurden. Daß aber die Entwicklung an den Universitäten gewissermaßen zur „Erledigung“ des besonderen Auftrages dieser Hochschule führen könnte, schiene mir für einen übersehbaren Zeitraum eine unrealistische Annahme zu sein. Im Gegenteil: Der Bedarf an wissenschaftlichen Erkenntnisleistungen über und für die Verwaltung wird wachsen und damit auch der Bedarf an verwaltungswissenschaftlich ausgebildeten Mitarbeitern. Daß dafür der Boden in den klassischen Studiengängen an den Universitäten bereits hinreichend bestellt sei, sehe ich nicht. Die ursprüngliche Aufgabenstellung der Hochschule, die Verwaltungswissenschaften in Forschung und Lehre zu pflegen, hat an aktuellem Rang nichts eingebüßt und wird auch künftig das inhaltliche Fundament ihrer Existenz darstellen.

Dies sage ich durchaus nicht nur als wissenschaftspolitisches Bekenntnis, sondern erkenne auch praktische Konsequenzen, die daraus abzuleiten sind. Dazu gehört, daß die Hochschule über besonders günstige Forschungsmöglichkeiten verfügen muß, die institutioneller und finanzieller Vorkehrungen bedürfen. Aus dem Bekenntnis zur Verwaltungswissenschaft als Aufgabe

der Hochschule folgt auch, daß ihren interdisziplinären Aspekten Rechnung getragen werden muß. Es war eine ganz natürliche Reaktion auf die anti-juristische Zielsetzung, die mit der Gründung der Höheren Verwaltungsakademie im Jahre 1947 einherging, daß das Schwergewicht des Ausbaues nach 1950 auf ein verwaltungsrechtliches Lehrangebot gelegt wurde; und ich wäre mißverstanden, würde man in dieser Bemerkung Kritik sehen. Die normative Fundierung der öffentlichen Verwaltung und ihre Gewährleistung der Rechtmäßigkeit sind staatspolitisch wertvolle Güter, deren Sicherung eine juristische Ausbildung eines großen Teils der leitenden Angehörigen der allgemeinen Verwaltung unerläßlich macht. Aber eben dies gerät in Gefahr, wenn die Ausbildung der Verwaltungsjuristen so einseitig am Rechtskonflikt orientiert wird, daß ihre Verwendungsbreite und die Aktionsmöglichkeiten in der Verwaltung zu sehr beschränkt werden. Diese Entwicklung müssen wir sehen!

Ich halte es daher für eine wichtige und richtige Entscheidung, daß wir den erheblichen personellen Ausbau der Hochschule in den letzten Jahren auf die außerjuristischen Disziplinen gelegt haben. Daß diese Konzeption, an der ich mir selbst einigen Anteil zurechne, auch bei der Hörschaft auf fruchtbaren Boden fällt, hoffe ich zumindest um der Zukunft dieser Hochschule und um der Zukunft der Hörer dieser Hochschule willen.

Ausbau für wen? — ist dennoch die Frage, an der nicht ganz vorbeigegangen werden kann. Denn ich glaube, daß hierauf eine Antwort heute nicht mehr mit dem gleichen Selbstverständnis zu finden ist wie in vergangenen Jahren, als die Hochschule sich gleichsam einer „heilen Welt“ des juristischen Vorbereitungsdienstes gegenüber sah und ihre Aufgabe ganz auf diesen Bereich zuschneiden konnte.

Die Entwicklung, die der Vorbereitungsdienst nimmt, kann — wie auch Professor Herzog soeben betont hat — nicht sorglos betrachtet werden: Es steht zu befürchten, daß das Referendariat für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler nicht mehr lange wird durchgehalten werden können. Auch das juristische Referendariat befindet sich nach der zweimaligen Verkürzung im Umbruch und in einer gewissen Spannungslage zwischen den Ausbildungsinteressen der Justiz und der Verwaltung, wobei erstere mir eindeutig zu überwiegen scheinen. Das ist aus vielen Gründen verständlich, gleichwohl unbefriedigend.

Jede Dramatisierung dieser Frage liegt mir freilich fern. Ich glaube, daß aus dieser Entwicklung, die allerdings nicht einfach passiv hingenommen werden darf, die Aufgabe dieser Hochschule durchaus eine Stärkung erfahren kann und daß eine Beunruhigung über die künftige Konzeption, die in letzter Zeit teils offen, teils unter der Hand geäußert wurde, fehl am Platz wäre.

Zunächst einmal besteht die Möglichkeit für Referendare, in Speyer zu studieren, fort. Es liegt auch an uns und an der Hochschule, das Lehrangebot so attraktiv zu gestalten, daß es den Referendaren zwingend genug den Nutzen eines Studiums hier vor Augen führt, und sie t r o t z der Erschwer-nisse durch die jüngsten Umgestaltungen des Vorbereitungsdienstes und t r o t z gewisser Lern- und Leistungszwänge (auf die die Hochschule nicht völlig verzichten darf) hinreichend für den Weg nach Speyer motiviert.

Es gilt m. E. dennoch, sich von einer überbetonten Fixierung auf Rechts-referendare im Lehrangebot zu lösen, und die eigentliche und umfassendere bildungspolitische Aufgabe der Hochschule deutlicher hervortreten zu las-sen: dies ist ihr Charakter als postuniversitäre Einrichtung. Darin liegt der besondere Wert und die Chance dieser Hochschule, die als bisher einzige in der Bundesrepublik die neue und berechnete bildungspolitische Forderung nach der Errichtung von Aufbau- und Kontaktstudien seit langem erfüllt. Zielgruppe für das Studium in Speyer sollten deshalb alle sein, die nach Abschluß eines rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Hochschul-studiums von sich aus eine Verwendung als Führungskraft in der öffentli-chen Verwaltung anstreben oder dieser bereits als Nachwuchskräfte ange-hören und zusätzlicher Ausbildung oder Weiterbildung bedürfen. Wird so der künftige Hörerkreis umrissen, so bieten sich Möglichkeiten der Neukon-zipierung des Lehrangebotes an, die der Rektor soeben bereits angedeutet hat und die darauf hinauslaufen würden, neben das Referendarstudium ein Aufbaustudium oder ein mehrsemestriges Graduiertenstudium treten zu lassen, das seinen Reiz aus einem eigenen Prüfungsabschluß finden könnte. Diese Überlegungen haben meine volle Sympathie und Unterstützung. Die Vorbedingungen einer solchen Entwicklung sollten ernsthaft und bald fest-gestellt und geklärt werden.

Meine Damen und Herren, die dritte Grundposition dieser Hochschule, deren Tragfähigkeit in Vergangenheit und Zukunft zu überprüfen mir wich-tig erscheint, ist die ihrer Rechtsform, ihrer Stellung im sonstigen Hoch-schulbereich. Die derzeitige Rechtsform und innere Verfassung versteht sich nicht von selbst. Wir sehen heute, daß wissenschaftliche Hochschulen, die auf nur eine bestimmte Fachrichtung bezogen sind, entweder zu Universi-täten ausgebaut oder in solche einbezogen werden. Auch die bisherige Zu-sammensetzung der Hörerschaft legt die Hochschulstruktur nicht ohne wei-teres nahe. Deshalb ist es so überraschend nicht, daß manche Wissenschafts-planer, die aus der Distanz die Dinge betrachten, der Hochschule eine Existenzberechtigung nur einräumen möchten, wenn sie Bestandteil einer Gesamthochschule wird; so die Empfehlung des Wissenschaftsrates.

Andere mögen demgegenüber zum Eskapismus neigen und sich mit beson-derem Interesse der ursprünglichen Struktur erinnern, aus der die Hoch-

schule hervorgegangen ist. Bedenkt man, daß in der Gründung der Akade-mie im Jahre 1947 die erklärte Absicht lag, ein deutsches Gegenstück zur Ecole Nationale d'Administration in Paris zu schaffen, und bedenkt man die Faszination, die von dieser französischen Grande Ecole für die deutsche Verwaltung stets ausgegangen ist, so wird man diese Konzeption nicht still-schweigend übergehen dürfen, zumal mit dem Ausbau der Fortbildung an der Hochschule ein Aufgabenbereich gestärkt werden soll, für den der Akademiecharakter möglicherweise besonders geeignet erscheint.

Auch hier haben wir also ein offenes Feld der Überlegungen über die künf-tige Struktur der Hochschule, aus dem Verunsicherung erwachsen kann und, wie ich weiß, erwachsen ist, so daß ein klärendes Wort geboten erscheint.

Es mag sein, daß das ursprüngliche ENA-Konzept von 1947 nur deshalb gescheitert ist, weil es zu unvermittelt und zu starr ein der deutschen Ver-waltung fremdes Ausbildungs- und Rekrutierungssystem für den höheren Verwaltungsdienst übergestülpt hat. Damals gemachte Fehler müßten nicht notwendig wiederholt werden.

Wenn ich dennoch dem Hochschulcharakter dieser Ausbildungsstätte auch für die Zukunft ganz eindeutig den Vorzug gebe, so deshalb, weil For-schung, Lehre und Lernen einen Freiraum brauchen, den die Hochschulstruk-tur m. E. besser gewährleisten kann als eine verwaltungsinterne Anstalt und weil das notwendige Zusammenspiel von Forschung, Ausbildung und Fortbildung sich leichter und besser gestaltet mit einem ständigen und hoch-qualifizierten Lehrkörper, der einen personellen und gedanklichen Austausch mit dem universitären Bereich gewährleistet. Praxisferne braucht und sollte damit nicht einhergehen.

Allerdings, meine Damen und Herren, gilt es, aus dem Bekenntnis zur Hoch-schulstruktur auch Konsequenzen zu ziehen, um nicht eine vom übrigen Hochschulbereich völlig isolierte Entwicklung heraufzubeschwören. Aus die-sem Hinweis folgt nicht, daß die Hochschule zwangsläufig in eine Gesamt-hochschule eingegliedert werden müsse, schon gar nicht in eine integrierte Gesamthochschule nach jenen Reißbrettvorstellungen, die die Diskussion des Hochschulrahmengesetzes so sehr belasten. Aus diesem Hinweis folgt auch nicht, daß die einfache Umwandlung der Hochschule in einen Fachbereich einer neuen Landesuniversität erwogen wird, wie der Wissenschaftsrat es empfohlen hat. Es bestehen keine Pläne, die besondere Aufgabenstellung oder den postuniversitären Charakter der Hochschule einem juristischen Fachbereich des tertiären Sektors ersatzlos zu opfern.

Die Konsequenzen, an die ich denke, sind vielmehr: enge Kooperations-bereitschaft mit dem übrigen Hochschulbereich und die Bereitschaft, mit der gesetzlichen Grundlage der Hochschule Anschluß zu finden an die Ent-wicklung des sonstigen Hochschulrechts. Ein neues Gesetz über die Hoch-

schule, darüber bin ich mir im klaren, ist notwendig. Wenn den Besonderheiten dieser Hochschule Rechnung getragen wird und mit kritischer Rationalität die neuen Rechts- und Organisationsstrukturen an den Universitäten auf ihre Übertragbarkeit geprüft werden, wird ein neues Hochschulgesetz das alte alsbald ersetzen können. Es versteht sich, daß hierbei funktionsgerechte Mitbestimmungsrechte aller Hochschulangehörigen nicht wie bisher ausgeschlossen bleiben.

Aber, meine Damen und Herren, damit dies klar ist: ich sprach von „funktionsgerechten“ Mitbestimmungsrechten. Dies schließt für uns ein, daß etwa das Leistungsprinzip, das nach meinem Dafürhalten in einigen Hochschulgesetzen unterlaufen wird, in diesem Lande durch den Gesetzgeber nicht unterlaufen wird und daß funktionsgerecht eben bedeutet, daß diese Hochschule auch n a c h einem neuen Hochschulgesetz funktionsfähig bleiben wird. Ebenso sicher ist, daß wir die Diskussion über dieses Gesetz mit allten Betroffenen führen wollen, wie ich hoffe, ohne ideologische Verkrampfung und allein vom Verständnis für die Zukunft der Hochschule und der bestmöglichen Erfüllung ihres Auftrages getragen. Wenn ich sage „wir“, möchte ich ausdrücklich sagen, daß ich gern in der entscheidenden Phase dieser Hochschulgesetzverabschiedung auch in das Gespräch mit dem Hörerkreis mich selbst einschalten möchte, damit von vornherein das Argument ausgeschaltet ist: wir sind ja gar nicht ernsthaft angehört worden, wir haben keine Chance gehabt, unsere Diskussion wirklich zu führen. Aber ich darf noch einmal sagen, Diskussion bedeutet eben, daß man sich gegenseitig anhört.

Ich möchte als letzten der Punkte, in denen ich wichtige Weichenstellungen für die Fortentwicklung der Hochschule sehe, den Bereich der Fortbildung des Verwaltungspersonals ansprechen, der sich die Hochschule dankenswerterweise ja schon längere Zeit angenommen hat. Fortbildung hat in jüngster Zeit endlich den Stellenwert in der Verwaltung erhalten, der ihr zukommt. Ich habe von meiner ersten Regierungserklärung an diesen Punkt programmatisch aufgegriffen und als besonderer Entwicklung bedürftig bezeichnet. Dies konnte ich um so eher tun, als ich in dieser Hochschule ein dafür personell und sächlich hervorragend geeignetes Instrumentarium in unseren Landesgrenzen beheimatet wußte. Ich freue mich sehr, daß die Hochschule auch von sich aus in jüngster Zeit alles getan hat, um ein kräftiges Stück voranzukommen. Die Hochschule darf in diesen Bemühungen jeder uns möglichen Förderung und Unterstützung sicher sein, wobei ich hoffe, daß auch andere Bundesländer von dem Angebot der Hochschule Gebrauch machen werden.

Ich stimme dem Rektor zu, daß der Bedarf an Fortbildung so groß und andererseits so schwer erfüllbar ist, daß es hier nicht darum gehen kann,

anderen Konkurrenz zu machen; notwendig ist, sich gegenseitig zu ergänzen, d. h. ein Netz von Fortbildungsveranstaltungen unterschiedlichen Charakters zu knüpfen, das nicht nur einigen Wenigen zu sporadischen Fortbildungsmöglichkeiten verhilft, sondern Voraussetzungen dafür schafft, Verwaltungsangehörigen Führungswissen, Wissensanpassung und Vertrautsein mit neuen Erkenntnissen und Methoden bedarfsgerecht zu vermitteln. Die Bemühungen der Hochschule tangieren m. E. weder die in den meisten Innenministerien der Länder angelaufenen eigenen Bemühungen um Fortbildung ihres Verwaltungsnachwuchses, noch gar die Aufgabe der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung. Mir liegt ein Schreiben von Bundesinnenminister Genscher vor, der diese Auffassung bestätigt und eine enge Zusammenarbeit befürwortet, die es in der Tat zu entwickeln gilt.

Meine Damen und Herren, in der hier gebotenen Kürze Möglichkeiten und Chancen künftiger Entwicklungen aufzuzeigen und zur Stabilisierung einiger grundsätzlicher Leitgedanken einen Beitrag zu leisten, erschien mir wichtig, um Unsicherheit auszuräumen, die sich verschiedentlich artikuliert hat. Die Hochschule hat begründete Erwartungen uns gegenüber, denen wir uns stellen werden.

Das Feld der Erwartungen ist jedoch weiter gespannt; sie sind in hohem Maße wechselbezüglich und haben als Adressaten nicht nur die Landesregierung. Auch diese hat Erwartungen gegenüber der Hochschule; sie hat auch Erwartungen gegenüber denen, die als Hörer dieser Hochschule sich als mögliche Nachwuchskräfte des höheren Verwaltungsdienstes empfinden, und sie hat Erwartungen gegenüber dem Bund und den Ländern, die die Hochschule mitgetragen haben und — wie ich hoffe — auch künftig mittragen werden. Ich möchte nicht schließen, ohne diesen Erwartungen nicht wenigstens in Andeutungen Ausdruck gegeben zu haben:

An die Hochschule gerichtet ist die Bitte, auch künftig den engen Kontakt zum staatlichen Bereich zu wahren, dem sie sich mit ihrem Ausbildungsauftrag verschrieben hat; die Bitte, keine Wissenschaft im elfenbeinernen Turm zu betreiben, d. h. Ausbildung, Fortbildung und Forschung an den h e u t i g e n Problemschwerpunkten der Verwaltung und Regierung zu orientieren und hierin echte Hilfestellung zu bieten.

Daß auch der Hörerschaft Erwartungen entgegengebracht werden, wird sie akzeptieren, wenn sie den kritischen Maßstab, mit dem sie ihren Ausbildungsgang und das Studium in Speyer mißt, auch an sich selbst anzulegen bereit ist. Führungskräften der Verwaltung ist heute ein hohes Maß an Leistungs- und Einsatzbereitschaft abverlangt. Der daraus resultierende Leistungsdruck ist weder entwürdigend noch entmündigend. Ich glaube daher nicht, daß Sie in der Öffentlichkeit Verständnis erwarten dürften, wenn Sie

in Ihrem fortgeschrittenen Ausbildungsstadium und am Übergang in das Berufsleben jeglichen Leistungsdruck für verwerflich erklären.

Ich möchte schließlich die Gelegenheit benutzen, an die hier anwesenden Repräsentanten des Bundes und der übrigen Länder ein Wort des Dankes zu richten für ihr Interesse am Geschick dieser Hochschule und ihr bisheriges Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung. Dahinter steht die Einsicht, daß die Hochschule Speyer als die einzige ihrer Art mit ihrem Angebot zur Aus- und Fortbildung eine **b u n d e s w e i t e** Wirkung hat und auch künftig sucht. Ich darf hieran die Bitte knüpfen, auch weiterhin die Hochschule mit als Ihre eigene Angelegenheit zu verstehen und die Konsequenzen hieraus zu akzeptieren.

Nach 25 Jahren der Existenz dieser Hochschule ist, wie ich aufzeigen wollte, kein Anlaß gegeben, die Hände beruhigt in den Schoß zu legen. In diesen 25 Jahren ist aber eine Basis gefunden worden, auf der ein organischer Auf- und Ausbau dieser Ausbildungsstätte sinnvoll, notwendig und chancenreich ist. Ich wünsche der Hochschule

- daß sie ihren besonderen Rang und den wissenschaftlichen Ruf, den sie sich erworben hat, bewahren und ausbauen kann,
- daß ihre Aufgabenerfüllung breite Wirkung erzielt
- und daß sie auch künftig und verstärkt Impulse für Leistungsverbesserungen der öffentlichen Verwaltung vermittelt und damit Anteil nimmt am sozialen Wandel und sozialen Fortschritt, dem wir uns verschrieben haben.

INHALT

	Seite
Begrüßungsansprache des Rektors Professor Dr. Roman Herzog . . .	3
Rede des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Helmut Kohl	9